

Asyl und Flüchtlingsschutz Migration und Integration Pressemitteilung 15.08.2014

19.431 Asylanträge im Juli 2014

Im Juli 2014 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 19.431 Asylanträge gestellt, 75,6 Prozent mehr als im Vorjahresmonat Juli 2013.

Dies ist der höchste Monatswert seit Juli 1993 (20.658 Anträge). Entschieden hat das Bundesamt im Juli 2014 über die Anträge von 10.199 Personen. 2.406 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention (23,6 Prozent aller Asylentscheidungen).

Zudem erhielten 507 Personen (5,0 Prozent) subsidiären Schutz im Sinne der EU-Richtlinie 2011/95/EU. Bei 218 Personen (2,1 Prozent) wurden Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Die Zahlen im Einzelnen:

I. Aktueller Monat

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben im Juli 2014 19.431 Personen Asyl beantragt, davon 16.191 als Erstanträge und 3.240 als Folgeanträge. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahresmonat um 8.368 Personen (75,6 Prozent) und gegenüber dem Vormonat um 5.412 Personen (38,6 Prozent) gestiegen.

Hauptherkunftsländer im Juli 2014 waren:

	Zum Vergleich		
	Mai 2014	Juni 2014	Juli 2014
1. Syrien	2.544	2.715	3.665
2. Serbien	1.169	1.527	2.465
3. Eritrea	1.195	1.299	1.951
4. Irak	274	587	1.626
5. Bosnien-Herzegowina	375	516	879
6. Mazedonien	376	562	834
7. Albanien	628	648	766
8. Afghanistan	512	631	745
9. Kosovo	391	320	510
10. Nigeria	274	324	478

Die Erst- und Folgeanträge bei den Hauptherkunftsländern im Juli 2014:

	Asylanträge	Erstanträge	Folgeanträge
Gesamt	19.431	16.191	3.240
davon:			

	Asylanträge	Erstanträge	Folgeanträge
Syrien	3.665	3.527	138
Serbien	2.465	1.730	735
Eritrea	1.951	1.945	6
Irak	1.626	345	1.281
Bosnien-Herzegowina	879	651	228
Mazedonien	834	546	288
Albanien	766	750	16
Afghanistan	745	710	35
Kosovo	510	394	116
Nigeria	478	470	8

Die Zahl der **Asylerstanträge** im Juli 2014 (16.191) stieg damit gegenüber dem Vorjahresmonat (9.516 Erstanträge) um 70,2 Prozent und gegenüber dem Vormonat (12.077 Erstanträge) um 34,1 Prozent. Hauptherkunftsländer waren Syrien, Eritrea und Serbien.

Die Zahl der **Asylfolgeanträge** im Juli 2014 (3.240) stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat (1.547) um 109,4 Prozent und gegenüber dem Vormonat (1.942) um 66,8 Prozent. Hauptherkunftsländer waren Irak, Serbien und Mazedonien.

Im Juli 2014 hat das Bundesamt über die Anträge von 10.199 Personen (Vorjahresmonat: 7.908, Vormonat: 8.779) entschieden. 2.406 Personen (23,6 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 163 Personen (1,6 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 2.243 Personen (22,0 Prozent), die Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i. V. m. § 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

Im Juli 2014 erhielten 507 Personen (5,0 Prozent) nach § 4 des Asylverfahrensgesetzes subsidiären Schutz im Sinne der Richtlinie 2011/95/EU.

Darüber hinaus hat das Bundesamt im Juli 2014 bei 218 Personen (2,1 Prozent) Abschiebungsverbote nach § 60 Absatz 5 oder Absatz 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 3.464 Personen (34,0 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Dublin-Verfahren oder Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 3.604 Personen (35,3 Prozent).

II. Laufendes Jahr 2014

In der Zeit von Januar bis Juli 2014 haben insgesamt 97.093 Personen in Deutschland Asyl beantragt, darunter 83.964 als Erstanträge und 13.129 als Folgeanträge. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (59.838 Personen) bedeutet dies eine Erhöhung um 37.255 Personen (62,3 Prozent).

Die **Hauptherkunftsländer** in der Zeit von Januar bis Juli 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum waren:

	Jan-Juli 2013	Jan-Juli 2014
1. Syrien	5.939	16.616
2. Serbien	5.964	11.858
3. Eritrea	462	5.949
4. Afghanistan	4.504	5.298
5. Albanien	399	4.680
6. Mazedonien	3.076	4.589
7. Irak	2.331	4.356
8. Bosnien-Herzegowina	1.464	4.157
9. Somalia	1.542	3.340
10. Russische Föderation	11.809	3.331

Die **Erst- und Folgeanträge** verteilten sich bei den Hauptherkunftsländern von Januar bis Juli 2014 wie folgt:

	Asylanträge	Erstanträge	Folgeanträge
Gesamt	97.093	83.964	13.129
davon:			
Syrien	16.616	15.649	967
Serbien	11.858	8.032	3.826
Eritrea	5.949	5.920	29
Afghanistan	5.298	4.952	346
Albanien	4.680	4.594	86
Mazedonien	4.589	3.064	1.525
Irak	4.356	2.471	1.885
Bosnien-Herzegowina	4.157	3.097	1.060
Somalia	3.340	3.259	81
Russische Föderation	3.331	2.672	659

Die Zahl der **Asylerstanträge** im bisherigen Jahr 2014 (83.964) stieg damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum (52.754 Erstanträge) um 59,2 Prozent. Hauptherkunftsländer waren Syrien, Serbien und Eritrea. Die Zahl der **Asylfolgeanträge** in den ersten sieben Monaten 2014 (13.129) stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (7.084) um 85,3 Prozent. Hauptherkunftsländer waren Serbien, Irak und Mazedonien.

Von Januar bis Juli 2014 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 70.217 Entscheidungen (Vorjahr: 39.027) getroffen. Insgesamt 14.225 Personen (20,2 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 1.066 Personen (1,5 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 13.159 Personen (18,7 Prozent), die Flüchtlingschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i. V. m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

Weitere 3.858 Personen (5,5 Prozent) erhielten subsidiären Schutz nach § 4 des Asylverfahrensgesetzes im Sinne der Richtlinie 2011/95/EU. Darüber hinaus hat das Bundesamt von

Januar bis Juli 2014 bei 1.112 Personen (1,6 Prozent) Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 23.144 Personen (33,0 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Dublin-Verfahren und Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 27.878 Personen (39,7 Prozent).

Ende Juli 2014 lag die Zahl der noch nicht entschiedenen Anträge bei 122.763, davon 110.755 als Erstanträge und 21.008 als Folgeanträge (Vormonat: 112.873 anhängige Verfahren, davon 102.847 Erst- und 10.026 Folgeanträge; zum 31. Juli 2013: 71.031 anhängige Verfahren, davon 65.273 Erst- und 5.758 Folgeanträge).

Steg, Guido

Von: Guido Steg <g.steg@icloud.com>
Gesendet: Montag, 25. August 2014 13:38
An: Steg, Guido
Betreff: De Maizière fordert Asyldebatte

Montag, 25. August 2014

Dürener Zeitung / Politik / Seite 2

De Maizière fordert Asyldebatte

Innenminister rechnet mit einem Anstieg der Anträge auf 200 000

Berlin. Die Zahl der Asylanträge steigt dieses Jahr nach Einschätzung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière auf den höchsten Stand seit zwanzig Jahren. Der CDU-Politiker sagte der „Bild am Sonntag“: „Insgesamt rechne ich in diesem Jahr mit rund 200 000 Asylanträgen. Das wären circa 70 000 mehr als im vergangenen Jahr und die höchste Zahl seit Anfang der 90er Jahre.“ Seit dem Beginn des syrischen Bürgerkrieges habe Deutschland allein 50 000 Flüchtlinge und Asylbewerber aus Syrien aufgenommen.

Der Minister regte eine Debatte darüber an, wie viele Flüchtlinge Deutschland aufnehmen kann – auch als reiches Land. Im vergangenen Jahr hätten in Europa knapp 435 000 Personen einen Asylantrag gestellt, davon fast 30 Prozent in Deutschland. „Das ist deutlich mehr als wir aufnehmen müssten, egal welchen Verteilschlüssel man zugrunde legt.“

De Maizière forderte, künftig nur wirklich Schutzbedürftige aufzunehmen. „Wer politisch nicht verfolgt ist und keines Schutzes bedarf, der kann kein Asylrecht bekommen und muss unser Land wieder verlassen.“ Dies sei in der Regel bei Menschen aus dem West-Balkan der Fall, sie dürften „das Asylsystem nicht weiter belasten“. Konkret bedeute das: „Wir müssen bei denen, die hier unter keinem Gesichtspunkt bleiben dürfen, das Instrument der Abschiebung wieder praktikabel machen.“(kna)

Freundliche Grüße

Guido Steg

Gemeinde Kreuzau
Dezernat 1
Kultur - Schule - Soziales - Sport
Bahnhofstraße 7
52372 Kreuzau
02422-507108
g.steg@kreuzau.de
www.kreuzau.de

• 26. Aug. 2014, 15:49

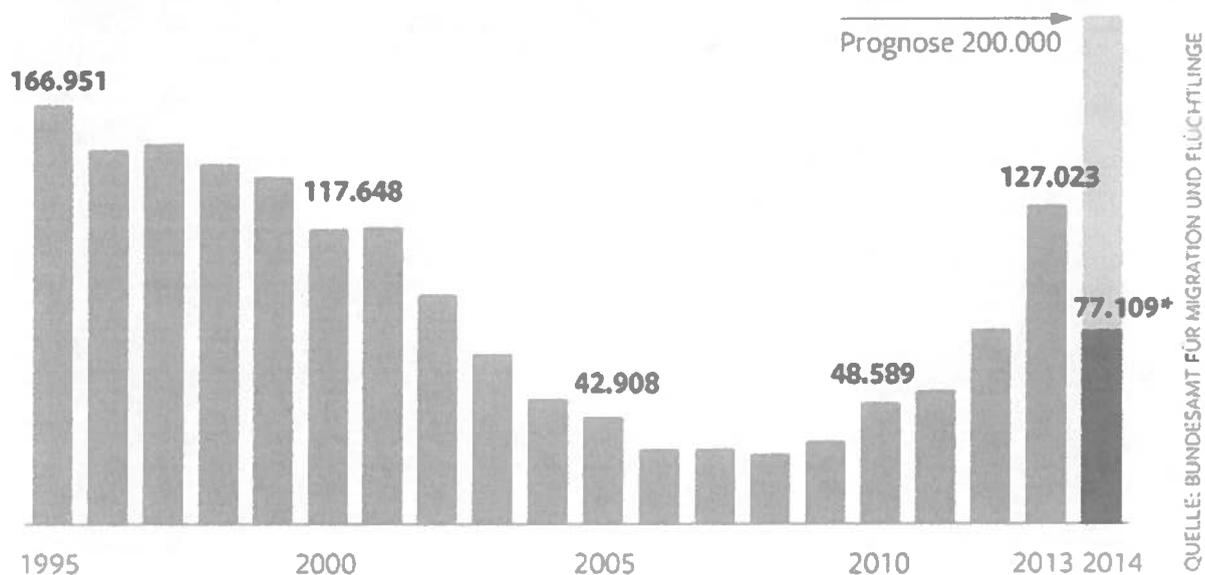
Asylpolitik

Flüchtlingswellen überfordern deutsche Kommunen

Der Chef des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, beklagt einen dramatischen Flüchtlingsansturm. Er fordert einen Marshallplan zur Entlastung der Gemeinden – und einen EU-Flüchtlingskommissar. Von Günther Lachmann

ZAHL DER ASYLANTRÄGE SEIT 1995

pro Jahr (Erstanträge)



DIE  WELT

*erstes Halbjahr

Foto: zgb grafik

Die Welt: Herr Landsberg, die Bundesregierung hat beschlossen, zusätzlich zu den Flüchtlingen aus Syrien und anderen Ländern 10.000 Flüchtlingen aus dem Irak Asyl zu gewähren. Wie werden Städte und Gemeinden mit dem Flüchtlingsstrom fertig?

Gerd Landsberg: Wir müssen diesen Menschen helfen, aber die Lage ist für die Kommunen teilweise dramatisch. Wir haben steigende Flüchtlingszahlen. In diesem Jahr werden wir sicherlich über 200.000 Flüchtlinge in deutschen Städten haben. Das sind 70.000 mehr als im Vorjahr. Je nachdem, wie die Krisen in der Welt sich weiterentwickeln, werden es vermutlich noch viel mehr sein. Wir können also nicht davon ausgehen, dass die Lage sich entspannt, sondern sie wird sich weiter dramatisieren.

Die Welt: Wie wirkt sich das vor Ort aus?

Landsberg: Wir hören aus den Städten und Gemeinden, dass sie überall Probleme mit der Unterbringung (Link: <http://www.welt.de/131506586>) haben. Das hat mehrere Gründe. Erstens haben sie wenig

Unterbringungsmöglichkeiten. Zweitens werden die Städte teilweise sehr kurzfristig informiert. Das war etwa in Duisburg der Fall, wo die Stadt jetzt dazu übergeht, Zelte aufzubauen. Das ist natürlich keine angemessene Unterbringung und sicherlich auch keine Dauerlösung.

Die Welt: Es entsteht der Eindruck, dass einige Städte mehr, andere weniger Flüchtlinge aufnehmen müssen. Sind die Flüchtlinge ungerecht verteilt?

Landsberg: Nein. Die Flüchtlinge konzentrieren sich nicht auf einige wenige Städte. Sie werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Der orientiert sich unter anderem an der Größe des Landes und an der Einwohnerzahl. Das heißt: Wir haben das Flüchtlingsproblem in ganz Deutschland, von Duisburg bis Bautzen. Überall fehlen Unterbringungsmöglichkeiten (Link: <http://www.welt.de/130484132>) und können nicht schnell genug geschaffen werden. Und teilweise gibt es natürlich auch Widerstand in der Bevölkerung.

Die Welt: Wenn die Kommunen keine Zelte aufschlagen, wo bringen sie die Flüchtlinge dann unter?

Landsberg: Wir müssen derzeit teilweise überteuert Wohnungen, oder auch Hotels anmieten, damit wir die Flüchtlinge unterbringen können. Das ist natürlich keine Lösung.

Die Welt: Was schlagen Sie vor?

Landsberg: Wir brauchen eine Art Marshallplan für die Unterbringung von Flüchtlingen. Das Problem wird ja nicht im nächsten Jahr beendet sein. Ich bin kein Pessimist, aber die Wahrscheinlichkeit, dass die Flüchtlingszahlen noch viel stärker sprunghaft steigen, als wir es uns bislang vorstellen können, ist hoch. Das heißt, der sicherste Weg wäre ein staatliches Bauprogramm zur Schaffung zusätzlicher Flüchtlingseinrichtungen.

Die Welt: Aber es gibt doch bestimmt leerstehende Gebäude, oder?

Landsberg: Sicher, die sind aber nicht ohne weiteres nutzbar. Im Rahmen eines solchen Programms könnten bestehende Einrichtungen wie Kasernen oder Liegenschaften der Länder umgebaut, aber auch neue Flüchtlingsheime gebaut werden. Das Problem wird schließlich nicht übermorgen gelöst sein. Wir müssen auch noch einmal über das Baurecht reden.

Die Welt: Inwiefern?

Landsberg: Ganz einfach: Warum sollen wir etwa nicht den alten Bauernhof im Außenbereich vorübergehend als Flüchtlingsunterkunft (Link: <http://www.welt.de/131471197>) umbauen dürfen? Natürlich sollen die nicht alle aus den Städten verschwinden. Aber angesichts der Notsituation sollte die Politik im Baugesetz klarstellen, dass das für eine gewisse Zeit geht. Teilweise gibt es auch in Industrie- und Gewerbegebieten Gebäude, die zu Flüchtlingszwecken umgebaut werden könnten. Das heißt, wir brauchen eine staatliche Gesamtstrategie. Und das setzt natürlich die Erkenntnis und auch den politischen Willen voraus, zu erkennen, dass das Problem nicht heute und nicht morgen und wahrscheinlich auch nicht in den kommenden Jahren gelöst ist.

Die Welt: Was machen Sie mit den Armutsflüchtlings?

Landsberg: Armutsflüchtlinge sind eine gesonderte Angelegenheit, die sich auf etwa zwölf Städte in Deutschland konzentriert. Wir sprechen hier von Rumänen und Bulgaren. Vor besondere Schwierigkeiten stellt uns da, dass die in ganz großen Gruppen kommen. Da kommen Familienverbände, bei denen eine Familie allein sieben bis zehn Kinder hat. Darauf sind wir natürlich überhaupt nicht vorbereitet. Und die wiederum kennen unsere Abläufe und Sozialstrukturen überhaupt nicht. Da haben wir nicht nur die Unterbringungsschwierigkeit, sondern auch noch ein riesiges Betreuungsproblem.

Die Welt: Wie zeigt sich das?

Landsberg: Die Kinder dieser Familien sind teilweise noch nie regelmäßig in die Schule gegangen, sie sprechen die deutsche Sprache nicht. Ihnen fehlt der Zugang zu unserer Gesellschaft, was sicher mit den katastrophalen Zuständen in den Herkunftsländern zusammenhängt. Aber für uns ist das eine riesige Herausforderung. Da hat die Bundesregierung ja jetzt reagiert und stellt zusätzliche Mittel be-

reit. Lösen können wir die Frage aber nur, wenn man auch die Fluchtursache in den Herkunftsländern bekämpft. Insofern ist das letztlich ein EU-Thema.

Die Welt: Wie stark werden die Städte derzeit noch von Wirtschaftsflüchtlingen aus Bosnien und Serbien beansprucht?

Landsberg: Auch da hat die Bundesregierung inzwischen reagiert. Sie hat gesagt: Das sind sichere Herkunftsländer, dorthin also können Asylsuchende schnell zurückgeschickt werden. Das geht aber erst, wenn auch der Bundesrat das Gesetz verabschiedet. Das hat er bisher noch nicht getan. Und das finde ich völlig unverständlich, wenn ich mir die Situation in Syrien, im Irak und in der Ukraine anschau, dann muss ich sagen: Wir sollten unsere Kräfte schon auf die Menschen konzentrieren, die nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, sondern wirklich verfolgt werden. Es ist unsere vornehmste Aufgabe, uns um diese Menschen zu kümmern.

Die Welt: Innenminister Thomas de Maizière bringt eine Aufnahme-Obergrenze ins Gespräch. Was sagen Sie dazu?

Landsberg: Ich würde Innenminister de Maizière in dem Punkt Recht geben: Es ist ein Irrglaube zu meinen, Deutschland könnte die Flüchtlingsprobleme der Welt (Link: <http://www.welt.de/122386473>) allein lösen. Was wir brauchen, ist eine europäische Asyl- und Bürgerkriegsflüchtlingspolitik, die einen gemeinsamen Raum für Schutz und Solidarität schafft. Darum wäre die EU gut beraten, einen EU-Flüchtlingskommissar einzusetzen. Denn mittelfristig werden wir sicherlich ein System schaffen müssen, dass die Verteilung der Flüchtlinge europaweit regelt.

Die Welt: Ist die Verteilung heute nicht gerecht?

Landsberg: Deutschland nimmt schon sehr viele auf, andere Länder weniger. Da muss ein Ausgleich geschaffen werden. Und das kann die EU besser organisieren, wenn sie die vielen Initiativen, die es dazu gibt, mal in einem Kommissariat zusammenfasst. Deutschland ist als wirtschaftlich starkes Land ein Magnet für Flüchtlinge (Link: <http://www.welt.de/119820675>). Und wenn ich in deren Situation wäre, würde ich auch versuchen, nach Deutschland zu kommen. Das muss man ganz klar sehen.

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten

08:11

Städte- und Gemeindebund will EU-Flüchtlingskommissar



Foto: dpa

Berlin - Der Städte- und Gemeindebund macht sich aufgrund steigender Flüchtlingszahlen für den Posten eines EU-Flüchtlingskommissars stark. Notwendig sei eine europäische Asyl- und Bürgerkriegsflüchtlingspolitik, die einen gemeinsamen Raum für Schutz und Solidarität schaffe.

«Darum wäre die EU gut beraten, einen EU-Flüchtlingskommissar einzusetzen. Denn mittelfristig werden wir sicherlich ein System schaffen müssen, das die Verteilung der Flüchtlinge europaweit regelt», sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Gerd Landsberg, der «Welt».

Gleichzeitig warnte Landsberg erneut vor einer Überforderung der Kommunen und forderte eine «Art Marshallplan». «Ich bin kein Pessimist, aber die Wahrscheinlichkeit, dass die Flüchtlingszahlen noch viel stärker sprunghaft steigen als wir es uns bislang vorstellen können, ist hoch.» Der sicherste Weg wäre ein staatliches Bauprogramm zur Schaffung zusätzlicher Flüchtlingseinrichtungen, betonte er.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, pocht auf ein schnelleres Asylverfahren. Es wichtig daran zu arbeiten, dass Asylverfahren zügig durchgeführt werden können, sagte sie der «Nordwest-Zeltung». Das Bundesinnenministerium habe zur Beschleunigung der Asylverfahren eigens 300 neue Stellen erhalten.

dpa-infocom GmbH

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten

Kosten für Asyl stellen Land vor große Probleme

NRW rechnet mit **60 Prozent mehr Antragstellern** in diesem Jahr. Der Zustrom wächst immer weiter. Hohe Ausgaben auch bei Kommunen in der Region.

VON WILFRIED GOEBELS

Aachen/Düren. Die Asylkosten in NRW steigen aufgrund der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen massiv an. Bereits 2013 mussten Land und Kommunen 376 Millionen Euro aufwenden – plus 33 Prozent. In diesem Jahr rechnet NRW mit einem erneuten Anstieg der Zahl der Antragsteller um fast 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Innenminister Ralf Jäger (SPD) schätzt, dass 2014 mindestens 37 000 neue Asylbewerber nach NRW kommen werden. Ende 2013 bezogen 57 366 Asylbewerber Leistungen zum Lebensunterhalt in NRW.

In der Antwort auf eine CDU-Anfrage räumte Jäger ein, dass

„wegen des wachsenden Zustroms viele Asylbewerberheime überfüllt sind“. Deshalb könne er die Forderung von Kommunen nicht aufgreifen, Flüchtlinge drei Monate in Landeseinrichtungen zu betreuen. Kommunen hatten beklagt, dass Asylanten häufig schon nach zwei Wochen verteilt würden. 2013 waren 23 719 neue Asylbewerber gemeldet worden – 2014 sind es bereits jetzt 20 173.

Von den Asylbewerbern leben rund 40 Prozent dezentral in angemieteten Wohnungen, 38 Prozent in Gemeinschaftsunterkünften und 22 Prozent in anderen Auf-

nahmeeinrichtungen. 74 Prozent der Empfänger erhielten Grundleistungen in Form von Sachleistungen, Wertgutscheinen oder Geldleistungen, der Rest bekam Hilfe zum Lebensunterhalt.

Der Städtetag hatte beklagt, dass NRW-Städten teilweise nur 20 Prozent der Kosten vom Land erstattet würden. Minister Jäger sprach von einer „großen Herausforderung“ für Land und Kommunen. Derzeit würden mit den Kommunalver-

„Viele Asylbewerberheime sind wegen des Zustroms überfüllt.“

RALF JÄGER,
NRW-INNENMINISTER (SPD)

bänden Lösungen für Gemeinden gesucht, die extreme Kosten durch schwere Erkrankungen von Asylbewerbern tragen müssten.

Die höchsten Asylkosten in Nordrhein-Westfalen hatte 2013 die Stadt Köln mit 35,7 Millionen Euro. Auch Essen (16,2 Mio.), Dortmund (13,2 Mio.) Wuppertal (12,6 Mio.), Bochum (7,9 Mio.) Münster (7,6 Mio.), Aachen (6,7 Mio.) und Duisburg (6,2 Mio.) mussten erhebliche Kosten tragen. Düren zahlte 2,2 Mio., Alsdorf 1,2 Mio., Eschweiler 1,7 Mio., Stolberg 1,7 Mio. und Heinsberg 436 000 Euro Asylkosten.

N24

"Inakzeptabel und beschämend"

Aus Syrien in die Duisburger Zeltstadt



In Duisburg sollen Flüchtlinge ab nächster Woche in Zelten leben. Angesichts steigender Asylbewerberzahlen kommt die Stadt bei der Bereitstellung von Unterkünften nicht mehr hinterher.

Dicht an dicht stehen die weißen Gerüstzelte nebeneinander. Darin das, was der Katastrophenschutz-Mitarbeiter Reginald Berndt vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) die Standardausstattung nennt: Acht kunststoffbespannte Betten mit Schlafsäcken, zwei Tische, acht Stühle. Dies ist kein Flüchtlingscamp am Rande eines Krisenherdes der Welt, dies ist eine Unterbringungsnotlösung für Asylbewerber auf einem Sportplatz in Duisburg.

Maximal acht Flüchtlinge pro 30-Quadratmeter-Zelt sollen hier vorübergehend unterkommen - Familien aus Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan, Tschetschenien, dem Irak, aber auch aus den Balkanstaaten. Rot-weißes Flatterband markiert die Wege. Das Rote Kreuz koordiniert die Kinderbetreuung. Container mit Duschen und Toiletten sowie ein Medizinzelt wurden aufgebaut, warme Mahlzeiten gibt es im Verpflegungszelt.

"Darauf bin ich wirklich nicht stolz"

"Inakzeptabel und für die Stadt Duisburg beschämend", kritisiert der Flüchtlingsrat NRW die Notlösung. Aus Sicht der Stadt Duisburg gibt es jedoch zur Zeit keine Alternative zur Zeltstadt. "Das, was sie hier sehen, darauf bin ich wirklich nicht stolz", sagt Reinhold Spaniel, Sozialdezernent der Stadt. Bestehende Heime seien jetzt schon voll. Mehr als 1500 Asylbewerber leben bereits in Duisburg und es sollen in den nächsten Monaten mehr werden. "Es kann sein, dass Sie morgens einen Anruf kriegen, dass abends ein Bus mit Asylbewerbern ankommt", schildert Spaniel die Situation.



Auf dem Boden zeugt noch die rote Asche von der Vornutzung des Grundstückes als Fußballplatz.

Leerstehende Wohnungen, die es in Duisburg in großer Anzahl gibt, würden schon jetzt genutzt. Problem: Der Betreuungsaufwand sei hoch und zögen dort Menschen aus einem anderen Kulturkreis ein, könne das das Wohnumfeld überfordern, ergänzt Stadtsprecherin Anja Kopka. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl spricht von Versäumnissen in der Vergangenheit in vielen Regionen Deutschlands. Mitte 2000 ging die Zahlen derer, die in Deutschland Asyl suchten, zurück. "Überall haben die Haushälter gesagt, leere Plätze finanzieren wir nicht. Das rächt sich nun", sagt Bernd Mesovic, Vize-Geschäftsführer von Pro Asyl. So auch in Duisburg, räumt Spaniel ein. "Die Stadt Duisburg mit ihren Haushaltsproblemen hat sich entschieden, die bestehenden Unterkünfte nicht aufrecht zu erhalten".

Brandschutz stellt Hürden

Kurzfristig leerstehende Schulen oder eine alte Jugendherberge für Flüchtlinge bezugsbereit zu machen, sei aber aufgrund hoher Hürden, etwa beim Brandschutz, sehr schwierig, manchmal unmöglich. In spätestens acht Wochen, verspricht er, will er für die Ankommenden eine andere Lösung gefunden haben.

Bis dahin stehen die Betten der Neuankömmlinge in Duisburg in provisorischen Zelten zwischen Industriegebiet und Stadtteil Duisburg-Walsum. Rotes Kreuz und Stadtteil-Initiativen, wie Kirchen und muslimische Verbände wollen an einem Strang ziehen aus der Notsituation das Beste zu machen. "Im Pfarrhaus stapeln sich die ersten Kleider- und Spielzeugspenden", sagt Gemeindepfarrer Heiko Dringenberg.

"Wir wollen, dass sich die Menschen wohlfühlen, so gut es geht", sagt die Projektleiterin Tanja Schott. So gibt es Heizungen für die Zelte, der Ascheboden soll noch mit Kunststoff ausgelegt werden - eben doch besser als in einem Krisengebiet, betonen die Helfer von DRK. Nächste Woche sollen die Flüchtlinge einziehen können.

EIFEL ZEITUNG

Home Region Redaktion Themen Tipps & Termine Service Anzeigenaufgabe Anzeigenmarkt Werbung Shop Jobs

Sie sind hier: Startseite » Region » DAU - Vulkaneifel » Asylbewerberzahlen steigen – Wohnraum gesucht
Mittwoch, 10.09.2014

Asylbewerberzahlen steigen – Wohnraum gesucht

Landkreis sucht vor allem kleinere Wohnungen für alleinstehende Personen

Vulkaneifel. Tagtäglich hören und lesen wir in den Medien neue Schreckensberichte aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan. Hinzu kommen noch weitere Krisenherde in anderen Regionen dieser Erde, die schon fast in Vergessenheit geraten sind. Gemeinsam ist ihnen allen, dass die Bevölkerung unter der Last der für uns unvorstellbaren täglichen Bedrohungen sehr leidet. Oft sehen die Menschen dort ihre einzige Rettung in der Flucht. Ihr Weg führt sie dann in Länder, in denen sie in Sicherheit leben können und ihr Lebensunterhalt gesichert ist, also auch nach Deutschland. So kann es nicht wundern, dass die Asylbewerberzahlen seit ca. einem Jahr wieder deutlich gestiegen sind. Sicherlich wird nicht allen ein Asylrecht zuerkannt. Manch einer sucht aus wirtschaftlichen Gründen Zuflucht in Deutschland. Viele müssen daraufhin das Land wieder verlassen. Andere werden aber bleiben und wachsen im Laufe der Zeit in unsere Gesellschaft hinein. Bei Ihrer Ankunft in Deutschland gilt es, allen ein Dach über dem Kopf und einen ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern. Dabei ist es Landrat Heinz-Peter Thiel wichtig, dass keine großen zentralen Einrichtungen für Asylbewerber entstehen, die zu einer Ghettosierung dieser Menschen führen.

In allen unseren Dörfern und Städten gibt es Wohnungs- und Häuserleerstände. Die betreffenden Eigentümer werden daher gebeten, zu überlegen, ob die Vermietung an Asylbewerber nicht eine sinnvolle Nutzung ihres Eigentums darstellt. Sofern Sie den Menschen dringend gesuchten Wohnraum zur Verfügung stellen können, bitten wir Sie, sich bei der Kreisverwaltung zu melden: Yvonne Geimer, Tel. 06592/933-363 – vormittags, E-Mail: yvonne.geimer@vulkaneifel.de. Ebenso können Sie sich an das örtliche Sozialamt der Verbandsgemeindeverwaltung wenden, in der das Wohnobjekt liegt.

Anzeige

Baufinanzierung

sp-kredite.de

schnell & einfach ab
2,47% eff. p.a. Volltilgung
möglich! Jetzt Anfragen



SUCHE

Suche nach:

ÜBER DEN ARTIKEL

Veröffentlicht am: 27. August 2014

Kommentare: Kommentare deaktiviert

Zusammenfassung: Landkreis sucht vor allem kleinere Wohnungen für alleinstehende Personen Vulkaneifel
Tagtäglich hören und lesen wir in den Medien neue Schreckensberichte aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan. Hinzu kommen noch weitere Krisenherde in anderen Regionen dieser Erde, die schon fast in Vergessenheit geraten sind. Gemeinsam ist ihnen allen, dass die Bevölkerung unter der Last der für [...]

WEITERE ARTIKEL

Senioren-Kino Daun spielt „Vaterfreuden“

Behindertenbeauftragter

VulkanBike Eifel-Marathon

Zu den Schönheiten der Petite Suisse

Niedereher Konzert am 12.09.2014

ANZEIGE



So einfach, so schnell!
Der Online-Shop von TechniSat
TechniSat > jetzt stöbern und einkaufen!

KURZ NOTIERT

Montag beginnt der Ausbau der A46

Mönchengladbach. Der Landesbetrieb Straßenbau beginnt am kommenden Montag mit dem sechsstreifigen Ausbau der A 46 zwischen den Autobahnkreuzen Holz und Wanlo. Die A 61 wird ab 2017 zwischen den Autobahnkreuzen Jackrath und Wanlo durch den Tagebau Garzweiler unterbrochen. Da die A 46 dadurch mehr Verkehr aufnehmen muss, wird der Ausbau erforderlich. Begonnen wird mit dem Ausbau des Seitenstreifens in Fahrtrichtung Heinsberg; anschließend folgen Arbeiten im Mittelstreifen. Ab April 2015 wird der Verkehr in beiden Fahrtrichtungen auf die nördliche Fahrbahn verlegt. Während dieser Zeit wird die südliche Fahrbahn Richtung Düsseldorf komplett sechsstreifig hergestellt. Ab Januar 2016 wird der Verkehr dann auf diese Spuren geführt, um die Nordseite Richtung Heinsberg sechsstreifig fertigzustellen. Während der gesamten Bauzeit werden die bestehenden Fahrstreifen aufrechterhalten, jedoch eingengt und mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung versehen.

Vesper in Kornelimünster um 15.30 Uhr

Aachen. Die Vesper vor der Ausstellungseröffnung „1200 Jahre Benediktinerkloster“ in der alten Reichsabtei in Aachen-Kornelimünster beginnt um 15.30 Uhr. Das Generalvikariat Aachen hatte den Beginn der Vesper irrtümlich zunächst zwei Stunden später angegeben.

Abgeordneter klagt: Bus nicht behindertengerecht

Düsseldorf. Ein im Rollstuhl sitzender Abgeordneter der Piraten Partei wirft dem Landtag in NRW vor, an der Ausübung seines Mandats gehindert zu werden. Auslöser ist eine Parlamentarier-Reise in die Türkei, an der der Politiker wegen seines Handicaps nicht teilnehmen kann. Vor Ort steht kein behindertengerechter Bus zur Verfügung. Da die Fahrt schon im Oktober stattfinden soll, hat der Abgeordnete nach Angaben seines Anwalts nun einen Antrag auf einstweilige Verfügung beim Verfassungsgerichtshof in Münster eingereicht und den Landtag zu einer Stellungnahme aufgefordert. Gestern sprach sich das Plenum im Landtag für eine Stellungnahme aus - ein formaler Akt, der notwendig sei. (dpa)

Mann auf rasendem Krankenfahrstuhl

Soest. Ein 58-jähriger Mann ist am Donnerstag in einem rasenden Krankenfahrstuhl erwischt worden. Er fiel zwei Polizeibeamten in Soest auf, weil das kleine autoähnliche geschlossene Fahrzeug zwar 60 Stundenkilometer fuhr, aber nur ein Versicherungskennzeichen hatte. Als sie den Fahrer kontrollierten, zeigte sich, dass das Gefährt nur als Krankenfahrstuhl mit einer Höchstgeschwindigkeit von 24 Stundenkilometern angemeldet war. Der 58-Jährige hingegen hatte weder Führerschein noch eine Behinderung, die ihn dazu zwang, das Fahrzeug zu benutzen. Die Polizisten verboten die Weiterfahrt und stellten das Fahrzeug sicher. (dpa)

Frauenhäuser kämpfen um Finanzierung

Düsseldorf. Hunderte Vertreterinnen von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Wohlfahrtsverbänden in NRW haben gestern vor dem Landtag in Düsseldorf eine verbindliche Finanzierung ihrer Arbeit gefordert. Auf Plakaten und Transparenten warf das landesweite Aktionsbündnis der rot-grünen Landesregierung vor, sie erschwere notwendige Hilfen für Gewaltopfer. NRW-Frauenministerin Barbara Steffens (Grüne) betonte im Gespräch mit den Demonstrantinnen, sie verfolge weiter das Ziel, „die Finanzierung von Frauenhäusern gesetzlich zu verankern“. Dafür brauche man aber den Bund und die Kommunen als Mitfinanzierer. (epd)

DAS THEMA: FLÜCHTLINGE



Herzlich willkommen bei uns
Die Städte und Gemeinden sehen sich der wachsenden Flüchtlingszahl nicht gewachsen - räumlich und finanziell. Und dabei leben die Menschen, die kommen, denkbar einfach.



Flüchtlinge und Asylbewerber sind sehr unterschiedlich in der Region untergebracht. Wir zeigen einige Beispiele - ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Eine Flüchtlingsunterkunft (1) befindet sich irgendwo im nirgendwo zwischen Simmerath-Lammersdorf und Vossensack bei Langschoss - ein ehemaliges Militärlager der Briten. In Gellenkirchen (2) finden Flüchtlinge bald in einem Gebäude am Uferweg am Rande der Stadt eine Zuluft. Dort waren bis vor kurzem Obdachlose untergebracht. Deren Heim wurde nun in einen Vorort verlegt. Zudem wurden in Gellenkirchen schon vor längerer Zeit Container am Bahnhof aufgestellt (5). In Aachen leben Flüchtlinge zum Beispiel an der Stolberger Straße (3) in einem Mehrfamilienhaus. In Wassenberg (4) wird bereits seit 1997 ein altes Verwaltungsgebäude der Zeche Sophia Jacoba als Übergangswohnheim genutzt. Fotos: Baltes, Roeger, G. Schmitz (2), Stollenwerk



DIE MENSCHEN HINTER DEN ZAHLEN



Hosseini, 18, Flucht aus Afghanistan
Stolberg. Als er sich auf den Weg machte, wusste Hosseini, dass es gefährlich werden würde, aber er ging trotzdem. Hosseini war noch nicht einmal 16, als er seine Familie verließ, um nach Deutschland zu fliehen, sechs Monate war er unterwegs. Er kam durch den Iran, die Türkei, durch Griechenland, Italien und Frankreich. Seine Flucht endete am 28. Februar 2012, einem Dienstag, als die Bundespolizei ihn in der Nähe von Aachen in einem Reisebus aufgriff. Die Schrecken, die Hosseini während seiner Flucht begegnet sind, die Angst, die er hatte, sind Teil seines Lebens geworden. Sie belasten ihn bis heute.
Nach seiner Flucht wurde Hosseini in Stolberg untergebracht, aber in dem Heim, dem er zugewiesen wurde, lebten noch zwei andere Jugendliche aus Afghanistan, mit denen Hosseini die meiste Zeit verbrachte. Nach drei Monaten sprach er kein Wort Deutsch, er bat darum, in einem anderen Heim untergebracht zu werden, in

dem niemand seine Sprache spricht. Er kam ins Agnesheim in Stolberg. Seither hat Hosseini nicht nur Deutsch gelernt, sondern den gesamten Schulstoff der Mittelstufe. Als Bester seiner Klasse macht er einen Hauptschulabschluss, nach einem Praktikum begann er eine Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker.
Hosseini glaubt, dass er es ohne die Betreuer im Wohnheim nicht geschafft hätte. Mit ihnen hat er Deutsch gelernt und für die Schule. „oft bis in die Nacht hinein“, sagt Hosseini. Im Oktober will er mit einem Freund in eine eigene Wohnung ziehen, der Mietvertrag ist unterschrieben.
Hosseini denkt oft an seine Familie, die eigentlich nachkommen wollte, aber nie gekommen ist. Ist sie in Afghanistan geblieben? Ist die Flucht nicht gelungen? Ist die Familie vorher aufgegriffen worden, in einem anderen Land? Mit dieser Ungewissheit muss er leben.
Warum Hosseini damals flüchten musste, will er nicht sagen. Zu gefährlich. Selbst in Deutschland hat Hosseini manchmal noch Angst, gefunden zu werden. Hosseini macht sich Sorgen, doch zumindest hat er heute das, was ihm in Afghanistan wie eine Utopie erschien: eine Zukunft. (mvv)



Vüqar Niftiyev, 33, Flucht aus Aserbaidschan
Eschweiler. Am Tag, an dem Vüqar Niftiyev nach Deutschland flüchtete, empfingen ihn Polizisten am Flughafen. Sechs Monate war es her, dass Niftiyev ein Visum beantragt hatte, jetzt fragten die Polizisten, was er denn vor habe in Deutschland. Eine Operation, antwortete Niftiyev, denn seit einem Arbeitsunfall fehlen ihm alle Finger seiner linken Hand. Es war eine Lüge, aber Niftiyev war so überzeugend, dass die Polizisten ihn gehen ließen. Dann stieg er ins Flugzeug.
Niftiyev, 33, hat in Aserbaidschan eine kleine Firma betrieben, Düngerverkauf an Bauernhöfe. Niftiyev wollte nicht reich werden, er wollte einfach von seinem Geld leben können. Aber so wie er es darstellte, nahm ihm der Staat zu viel von dem, was er verdiente. Niftiyev begann, Briefe zu schreiben, in denen er sich beschwerte, aber Antworten bekam er nicht. Dafür lud die Polizei ihn vor, sagt Niftiyev, er solle aufhören mit den Briefen. Niftiyev glaubt außerdem, „ständig be-

obachtet worden“ zu sein, er sei ja Mitglied einer oppositionellen Partei gewesen. Er habe die Politik in Aserbaidschan und den Umgang mit Menschen wie ihn nicht mehr akzeptieren können. Deshalb sei er geflohen.
Am 16. Februar 2014 stieg Niftiyev in Aserbaidschans Hauptstadt Baku ins Flugzeug. Über Deutschland hatte Niftiyev viel Gutes gelesen. Er fuhr nach seiner Landung in Hannover in eine Asylanstalt nach Göttingen, wo er sich registrieren ließ. Mit dem Zug fuhr er weiter, Bielefeld, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nach acht, neun Tagen wurde Niftiyev in eine Unterkunft nach Niebeln geschickt, wo er einen Antrag auf Asyl stellte. Niftiyevs Flucht endete Mitte März in Eschweiler. In einer Flüchtlingsunterkunft in der Severinstraße. Er sei „sehr herzlich aufgenommen worden“, er wolle sich dafür bedanken. Seine Tage bestehen jetzt daraus, Deutsch zu lernen. Niftiyev würde gerne arbeiten, aber er darf nicht. Er lebt jetzt von 663 Euro im Monat, ein Teil fließt in die Unterkunft, 346 Euro bleiben. Auf einem grünen Lappen, seiner Aufenthaltsgestattung, steht Niftiyev darf bis zum 27. November in Deutschland bleiben. Bis dahin entscheidet sich, ob er Asyl erhält oder nicht. (cg)